

1. X. 1915

## Die Milchpreiserhöhung.

Von fachmännischer Seite.

Wien, 30. September.

Die Hausfrauen Wiens wurden heute durch eine unangenehme Ueberraschung auf das peinlichste berührt. Der Milchpreis ist neuerlich um 4 Heller erhöht worden. Es ist dies die dritte Preiserhöhung, die im Laufe eines Jahres durchgeführt worden ist, und die Wiener Hausfrau muß nun für einen Liter Flaschenmilch den horrenden Preis von 46 Heller bezahlen. Von der bevorstehenden Milchpreiserhöhung war schon vor etwa zehn Tagen die Rede. Daß dieselbe zur Tat geworden, mußte doch überraschen. Denn damals hieß es nur, daß die Molkereien eine solche Erhöhung anstreben, sich jedoch vorerst gewissermaßen die Genehmigung hiefür bei den Behörden sichern wollen. Nachdem nun von diesen Verhandlungen, die offenbar zwischen der Regierung und den landwirtschaftlichen Interessenten stattfanden, nichts in die Öffentlichkeit drang, glaubte die Bevölkerung Wiens, daß die Milchpreiserhöhung zumindest nicht unmittelbar bevorstehend sei. Um so peinlicher wurde sie von der Nachricht überrascht, daß man hier vor einer vollzogenen Tatsache steht.

Auffallend erscheint es, daß sie sich erst die Genehmigung zur Hinaufsetzung der Preise sichern wollten, ehe sie dieselbe durchführten. Dies legt den Verdacht nahe, daß diese Gründe nicht so ganz stichhaltig seien und manche Produzenten doch immerhin befürchteten, im Falle einer weiteren Preiserhöhung wegen Preistreiberei mit den Gerichten in Konflikt zu kommen, und daß es ihnen vor diesem Forum nicht so leicht gewesen wäre, eine angebliche neuerliche Steigerung der Produktionskosten zu beweisen, die eine so große Erhöhung der Preise, wie sie gegenwärtig durchgeführt wird, gerechtfertigt hätte. Wir wissen wohl, daß die Schwierigkeit der Milchbeschaffung, wenn sie überhaupt tatsächlich besteht, eine Folge der verfehlten Agrarpolitik ist, die seit Jahren in Oesterreich betrieben wurde. Sie ist eine Konsequenz der Abnahme der Viehbestände. Wohl wurde seit fast einem Dezennium immer wieder und wieder darauf hingewiesen, daß die Zunahme des Viehstandes in Oesterreich mit dem Zuwachs der Bevölkerung nicht gleichen Schritt halte, daß die endliche Folge solcher Zustände sogar eine Abnahme des Viehstandes sein müsse, und immer aufs neue wurde betont, daß die Gestattung der Vieh- und Fleischeinfuhr nicht bloß im Interesse der konsumierenden Bevölkerung, sondern der Landwirte selbst sein müsse. Denn für letztere sei die Erhaltung des Viehstandes eine Lebensfrage, und bei Festhalten an der Absperrung der Monarchie gegen Vieh- und Fleischeinfuhr müsse der Moment eintreten, in welchem der Rückgang der Viehbestände auch die landwirtschaftlichen Interessen schädigen und insbesondere die Milchwirtschaft darunter leiden müsse. Umsonst, man predigte tauben Ohren! Das Kriegsjahr verschärfte naturgemäß die Situation. Die Viehpreise gingen in die Höhe, gleichzeitig aber auch verteuerten sich die Futtermittel, und so entsteht in sehr vielen Molkereien die Frage, ob sie die Kühe nicht zu Schlachtzwecken bei den heutigen lohnenden Preisen verkaufen sollten, anstatt die Milchwirtschaft fortzubetreiben, die sich bei den hohen Futtermittelpreisen vielleicht nicht so ergiebig gestaltet oder mindestens bei großer Arbeitsleistung nicht den gleich hohen Gewinn in Aussicht stellt wie der Verkauf der Milchkuhe. So hat sich mancher Bauer zum Verkaufe einer Milchkuh verleiten lassen, nicht bedenkend, daß dem momentanen Gewinn vielleicht eine Schädigung des altgewohnten Erwerbszweiges gegenübersteht. Es ist nun

sicher, daß die Preise der Futtermittel angezogen haben, sowie daß die eben dargestellten Umstände entschieden in manchen bäuerlichen Betrieben zur Einschränkung der Milchwirtschaft geführt haben mögen, und es mag weiter richtig sein, daß für manche Betriebe infolge der Steigerung der Futtermittelpreise bei den heutigen Milchpreisen nicht die gewünschte Rentabilität bestand, sowie daß das Milchangebot knapper zu werden drohte.

Den städtischen Konsumenten aber bedrückt die Milchpreiserhöhung unter allen Umständen, und durch die neuerliche Verteuerung dieses alleruntersteinsten Nahrungsmittels, für welches es ein Surrogat nicht gibt, betrifft vor allem die ärmeren Schichten der Bevölkerung, die kaum mehr in der Lage sind, die Kosten für die unbedingt notwendige Milchmahlung der Kinder aufzubringen. Begreiflich, wenn der Unwille dieser Kreise, die am schwersten unter der allgemeinen Preissteigerung leiden, sich gegen diese neuerliche Preiserhöhung wendet. Es wird die Frage aufgeworfen, ob denn die Erhöhung der Produktionskosten immer glattweg auf den armen Konsumenten überwältigt werden müsse, ob nicht doch die Schaffung von Einrichtungen möglich ist, durch die zumindestens die minder bemittelten Schichten der Bevölkerung von fortwährenden Preissteigerungen verschont bleiben können. Dabei weiß die Bevölkerung nicht einmal, ob selbst zu diesen erhöhten Preisen ihr Milchbedarf unbedingt sichergestellt ist und ob nicht für den Handel die Möglichkeit besteht, über die Preiserhöhung hinaus noch weitere Vorteile gegenüber dem Konsum durchzusetzen. Es ist selbstverständlich, daß diese Fragen aufgerollt werden. Als zuerst das Gespenst der neuerlichen Milchverteuerung auftauchte, trösteten sich die ärmeren Bevölkerungsschichten, daß man ihnen doch unmöglich die Lebenshaltung neuerlich verteuern könnte. Man war überzeugt, daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, um die Teuerung hintanzuhalten oder zumindestens den Bedarf der ärmeren Volksschichten von der Preiserhöhung auszunehmen. Man glaubte, daß dies unbedingt durchführbar sein müßte, wenn die Gemeinden selbst die Milchversorgung dieser Bevölkerungsklassen in die Hand nehmen würden. Man dachte hierbei an die Einführung von Milchkarten, durch die nicht wie beim Brot und Mehl nur die individuelle Verteilung durchgeführt, sondern gleichzeitig der Milchbezug den damals geltenden Preisen entsprechend gesichert würde. Hierbei ging man von der Ansicht aus, daß diese Milcharten nicht etwa allgemein wie die Brotkarten zur Ausfertigung gelangen würden, sondern nur an Familien (mit Kindern) bis zu einer gewissen Einkommensgrenze sowie für Kranke, denen vom Arzte die Milchmahlung ausdrücklich angeordnet worden ist. Diesbezüglich bestand in der gesamten Wiener Bevölkerung keine Meinungsdivergenz.

Die genügende Ernährung der Kinder darf auch jetzt nicht im entferntesten gefährdet werden. Die Kinder, also die zukünftige Generation, die doch einmal berufen sein wird, die schweren Lücken, die der Krieg in den Bevölkerungsreihen gerissen, wieder auszufüllen, müssen unter allen Umständen gesund und kräftig erhalten werden! Die Erfahrung lehrt, daß die Kindersterblichkeit sofort steigt, wenn die Ernährung der Kinder mit Milch aus irgendwelchen Gründen abnimmt. Vor diese Gefahr darf die Wiener Bevölkerung nicht gestellt werden und sie wird durch die Milchpreiserhöhung entschieden näher rücken. Denn es genügt für weite Bevölkerungskreise nicht, daß Milch überhaupt erhältlich ist, sondern dieselbe muß auch zu auskömmlichen Preisen zu bekommen sein. Jede Preiserhöhung über eine gewisse Grenze hinaus bedeutet einfach einen Zwang zur Einschränkung des Milchgenusses und daß diese Grenze in Wien bereits erreicht ist, geht nicht

bloß aus den Milchpreisen hervor, sondern aus der Verteuerung der Lebensmittel überhaupt, in welcher endlosen Kette die Milch nur ein Glied ist. Was für die Ernährung der Kinder gilt, muß auch rücksichtlich der Kranken gesagt werden, die sich in allen Bevölkerungsschichten befinden, für welche Milch nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch gleichzeitig Arznei ist und an Arzneimitteln darf es nicht fehlen! Eine Verteuerung derselben ist, gelinde gesagt, unhygienisch. Man gab sich daher in den Kreisen der Wiener Bevölkerung immer der Hoffnung hin, daß eine Milchpreiserhöhung, wenn sie schon unabwendbar wäre, so durchgeführt werden könnte, daß Kinder und Kranke dadurch nicht betroffen werden.

Die Milchpreiserhöhung tritt nun mit dem morgigen Tage in Kraft. Vielleicht, wir wollen es hoffen, erfüllt sie wenigstens nach einer Richtung die Erwartung, die an sie geknüpft wird, daß die Milchzufuhren wieder zunehmen. Dann würden mindestens die mittleren Kreise wieder die Sicherheit haben, zu erhöhten Preisen genügend Milch zu erhalten. Die Not der ärmeren Schichten ist aber hiedurch keineswegs beseitigt, sondern geradezu erhöht worden. Aber darum darf man doch nicht die Hände in den Schoß legen in dem beruhigenden Bewußtsein, daß die Geduld und Opferwilligkeit der Wiener Bevölkerung auch diesen neuerlichen harten Schlag glatt hinnehmen wird. Was heute in Wien geschieht, kann sich auch in anderen städtischen Zentren ereignen. Es ist daher Aufgabe der Regierung und der Gemeinden sofort einzugreifen; schon deshalb, weil eine wirkungsvolle Aktion der Gemeinden der energischen Unterstützung der Regierung bedarf. Es muß der Gemeindeverwaltung die Möglichkeit geboten werden, sich Milchmengen zu beschaffen, welche ihr die Aufgabe der Versorgung der Kinder und Kranken mit billiger, guter und genügender Milch ermöglichen, oder ihr das Recht gegeben werden, in bestehende Milchlieferungsverträge der Unternehmer einzutreten, sich so die Milchbezüge zu sichern und dann mit Ausschaltung aller Zwischenpersonen und selbst mit materiellen Opfern Milch für Kinder und Kranke zu ermäßigten Preisen der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Vielleicht fehlt es gerade den Betroffenen an der Einsicht, welche Gefahr die Einschränkung des Milchverbrauches in sich birgt. Die Verwaltung hat es in vielen Fällen unternommen, insbesondere wenn es sich um Kriegsziele handelt, die mangelnde Einsicht durch entsprechende strenge Verfügungen zu ersetzen. Die Gesunderhaltung der Kinder Wiens ist gewiß auch ein Kriegsziel, und so erscheint es wohl von allen Gesichtspunkten aus gerechtfertigt, wenn die öffentlichen Gewalten auch die Sorge für die Sicherung der Kindernahrung und der Beschaffung eines unentbehrlichen Arzneimittels für Kranke, wie Milch, übernehmen.